

Arafat sitzt in der eigenen Falle

Wenn die Palästinenser nun ihren Staat ausrufen, machen sie sich zum Wahlhelfer Netanjahus

Von Josef Joffe

Vielleicht war es ein Einflußagent des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, der dem Palästinenser-Chef Jassir Arafat die Idee eingeflüstert hat. Denn zum 4. Mai einseitig einen eigenen Staat auszurufen, hätte allein der palästinensischen Sache geschadet.

Am 4. Mai läuft laut Washingtoner Abkommen von 1993 der „Oslo-Prozeß“ ab, die fünfjährige Frist, an deren Ende die Einigung über den „endgültigen Status“ des Westufers und des Gaza-Streifens stehen sollte. Der Prozeß ist durch tausend Dinge verschleppt worden – durch den Versuch Netanjahus, einen Palästinenser-Staat zu verhindern, aber auch durch die Unfähigkeit der Palästinenser, den Terror der eigenen Seite zu stoppen. Die Anschlagswelle im Frühjahr 1996 hatte denn auch dem „Sicherheit über alles“-Hardliner Netanjahu zur Macht verholfen.

Da dachte sich Arafat die einseitige Staatsgründung aus, um so Druck auf Israel und Amerika zu machen. Indes fiel diese Taktik unter die Rubrik: „Und was

mache ich nach dem ersten Schritt?“ Nachdem Netanjahu sich nicht beeindrucken ließ, hätte Arafat den zweiten Schritt tun müssen: Die Drohung wahr machen. So aber würde er Netanjahu einen unglaublichen Gefallen tun.

Dieser könnte etwa so reagieren: „Ihr habt einseitig den Oslo-Prozeß abgebrochen, also stehe auch ich nicht mehr in der Pflicht.“ Großzügig würde Netanjahu dann Arafat die Herrschaft über den Gaza-Streifen überlassen (den Israel ohnehin nicht will) und über die 40 Prozent der Westbank – lauter Enklaven wie etwa Nablus und Jericho –, die derzeit der Palästinenser-Behörde unterstehen. Ende von Oslo – Vorteil Israel.

Denn so könnte die Regierung in Jerusalem just die Gebiete behalten, vielleicht gar annektieren, die ihr am wichtigsten sind: die strategische Jordansenke, die Höhenzüge, die Siedlungen. Und Arafat dürfte über ein Archipel herrschen – auf allen Seiten eingeschlossen von der israelischen Armee. Dieses existentielle Problem kannte der Palästinenser-Führer natürlich, aber er hat den ho-

hen Einsatz trotzdem gewagt, weil er glaubte, die Amerikaner zwingen zu können, ihrerseits die Israelis konzessionsbereit zu klopfen.

Drei Dinge haben Arafats Kalkül durchkreuzt. Einmal der Krieg im Kosovo: Seit Jahresende, auf jeden Fall seit dem 24. März, blickt die Welt auf den Balkan. Zweitens: Für den 17. Mai wurden Neuwahlen in Israel ausgerufen; seitdem kümmert sich dort fast niemand mehr um Außenpolitik. Außerdem: Ein PLO-Staat würde die Wiederwahl Netanjahus geradezu garantieren. Schließlich hat die gesamte westliche Welt, vor allem Außenminister Fischer als EU-Ratspräsident, Arafat vor „einseitigen Schritten“, also der Staatsgründung, gewarnt.

Die Frage war nur: Wie klettert Arafat von diesem Baum wieder herunter? Wahrscheinlich heißt der Retter Bill Clinton. Der soll Arafat gerade eine Regelung innerhalb eines Jahres versprochen haben – mit einem eigenen Staat gar. So könnte Arafat sein Gesicht wahren – genauso wie der palästinensische Nationalrat, der gerade in Gaza tagt.